

«Statt BWZ-Neubau kommen Abrissbirnen und Container»

20 Jahre muss die Berufsschule Rapperswil voraussichtlich warten, bis der Neubau steht. Dies hat eine Mehrheit des Kantonsrats gestern gegen den Widerstand von Politikern aus dem Linthgebiet entschieden.

Von Marc Allemann

St. Gallen. – Auffällig viele Kantonsräte aus dem Linthgebiet meldeten sich an der gestrigen Session in St. Gallen zu Wort. Behandelt wurde die Planung eines Neubaus des Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil (BWZ). Die Regierung will die Planung des Projekts erst 2023 aufnehmen.

Die vorberatende Kommission verlangte von der Regierung, das Projekt unverzüglich umzusetzen. Die Gebäude des BWZ seien dringend sanierungsbedürftig (die «Südostschweiz» berichtete).

«Wollen wir eine rasche Sanierung oder schickt der Kanton Abrissbirnen und Schulcontainer nach Rapperswil?», fragte Kantonsrätin Yvonne Suter. Die Bürger würden vom Rat eine einfache Antwort verlangen, so die CVPLerin aus Rapperswil-Jona. Das BWZ brauche jetzt Klarheit, wie es weitergehen solle.

Die Antwort der Ratsmehrheit war denn auch einfach: Mit 65 zu 45 Stimmen lehnte sie den Antrag auf Vorverschiebung ab.

Feurige Voten für die Bildung

Der Abstimmung war ein Schwall von Wortmeldungen vorausgegangen. So bekannte Roland Hartmann (SVP), dass er gegen den Willen seiner Fraktion für eine Vorverschiebung des Projekts sei. Vor 25 Jahren habe er eine kaufmännische Ausbildung am BWZ genossen. «Schon damals galt das Gebäude drei als Provisorium», offenbarte Hartmann.

Beim BWZ-Thema kannten die Regionalpolitiker keine Parteigrenzen. Beat Jud (CVP, Schmerikon), Josef Kofler (SP, Uznach), Peter Zuberbühler



Geballte Ladung aus dem Linthgebiet: Peter Zuberbühler (FDP, links), Yvonne Suter (CVP) und Beat Jud (CVP) wollen beim Thema BWZ alle zu Wort kommen.

Bilder Regina Kühne

(FDP, Gommiswald) und Silvia Kündig-Schlumpf (Grüne, Rapperswil-Jona) gaben ebenfalls feurige Voten für die Berufsschule ab. Das duale Bildungssystem müsse gestärkt werden, die Berufslehre dürfe nicht auf Kosten von Hochschulausbildungen leiden.

Bürgerliche üben sich in Disziplin

Die teilweise emotionalen Aufrufe, das BWZ zu retten, liessen die FDP- und SVP-Fraktion kalt. Der Kantonsrat habe die jährlichen Investitionen in Bauprojekte mit grossem Mehr beschlossen, argumentierte die FDP und warnte vor regionalpolitischen Muskelspielen.

Ins gleiche Horn blies auch die SVP. Die Prioritäten seien bei den Bauprojekten im Bildungsbereich richtig

durchdacht. Das Denken in Regionen sei falsch. Gegen die Phalanx von SVP und FDP waren die anderen Parteien machtlos. Neben dem Antrag für das BWZ lehnte es der Rat auch ab, die Sanierung des Berufs- und Weiterbildungszentrums St. Gallen vorzulegen.

«Was wollen Sie eigentlich?»

Den Bericht zur Investitionsplanung im Bildungsbereich nannte Regierungsrat Stefan Kölliker «beispielhaft». Wirtschaftlich bedrohte Regionen würden mit den geplanten Bauvorhaben gestärkt. Ein Vorhaben wie das BWZ nun vorzuziehen, würde andere Projekte gefährden.

Ein Container als Übergangslösung, wie er wahrscheinlich in Rapperswil-

Jona nötig wäre, sei keine schlechte Option. «An der Kantonsschule Sargans arbeitet man schon seit Jahren in Containern». Obwohl Kölliker dem Rat empfahl, den Antrag BWZ abzulehnen, hielt er dem Linthgebiet einen Olivenzweig hin. Eine frühere Planung des Projekts sei allenfalls möglich, frühestens zwischen 2013 und 2017. Festlegen auf diese Daten wollte sich Kölliker jedoch nicht.

«Was wollen Sie eigentlich?», fragte Bauchef und Regierungsratspräsident Willi Haag mit Blick auf die bürgerlichen Politiker aus dem Linthgebiet. Zuerst habe man das Baudepartement mit Sparvorgaben gebremst. «Eine Session später wollen sie wieder Gas geben und spielen Projekte gegeneinander aus».

KOMMENTAR 5. SPALTE